



Cop und Killer

Rassistische Staatsgewalt: Mit Hilfe von Studien über die Polizeiapparate will das US-Justizministerium Einfluss auf die öffentliche Debatte ausüben. Strukturelle Ursachen bleiben ausgeblendet. Von Jürgen Heiser

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 7. JULI 2015 · NR. 154 · 1,40 EURO / 47 CZK · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Eingeknickt

Tarifeinigung bei der Post: Ver.di akzeptiert Spaltung der Belegschaft. Kommentar auf Seite 8

Eingefahren

Krim: Ranghohe Offizielle wegen Korruptionsvorwürfen verhaftet. Von Reinhard Lauterbach

Eingekauft

Honduras empört sich: Präsident und Regierungspartei in Geldwäscheskandal verwickelt

Eingelöst

Barcelona: Neue Bürgermeisterin hält Wahlversprechen und will Zustrom von Touristen regulieren

Wir sagen an dieser Stelle einfach mal ...

Ευχαριστούμε



Volksfest in der Hauptstadt: Unterstützer des Regierungskurses feierten ihren Sieg über die Troika am Sonntag auf dem Syntagma-Platz in Athen

Griechenland hat nein gesagt. Nein zu weiteren Sozialkürzungen und dazu, den Reichtum des Landes an private Gläubiger zu verscherbeln. Rund 61 Prozent der Referendumsteilnehmer stimmten am Sonntagabend dem Vorschlag der sozialistischen Regierung zu, sich den Forderungen von Internationalem Währungsfonds (IWF), Europäischer Zentralbank (EZB) und EU-Kommission zu widersetzen. »Danke!«

Als Ministerpräsident Alexis Tsipras am Abend im Wahllokal seine Stimme abgab, sagte er: »Man kann den Willen einer Regierung ignorieren, aber nicht den Willen eines Volkes.« Nach Verkündung des Endergebnisses wurde auf dem Syntagma-Platz in Athen ein Volksfest gefeiert. Für Oppositionsführer Andonis Samaras von der konservativen Nea Dimokratia war das zu viel – er trat zurück. Zuvor hatte er noch eindringlich für die Zustimmung zu den Troika-Vorschlägen geworben. Als Amtsvorgänger von Tsipras hatte Samaras die Kürzungsaufträge der Troika stets brav umgesetzt und so maßgeblich die wirtschaftliche Misere des Landes mitverschuldet.

Überraschenderweise schied Finanzminister Gianis Varoufakis am Montag aus der Regierung aus. Ur-

... **Danke!** Griechisches Volk lehnt Kürzungsprogramm der Troika ab. Internationale Solidarität auf Europas Straßen. Tsipras und IWF fordern Schuldenschnitt. **Von Simon Zeise**

sprünglich hatte er für den Fall einer Zustimmung des griechischen Volks zu den Vorschlägen der Troika seinen Rücktritt angekündigt. Nun ging er, obwohl er siegreich war. Als er seinen Amtssitz verließ, erklärte er: »Die Volksabstimmung vom 5. Juli wird als einzigartiger Moment in die Geschichte eingehen, als eine kleine europäische Nation sich gegen die Versklavung als Schuldner erhoben hat.«

Seit Freitag fanden in vielen europäischen Städten Solidaritätsdemonstrationen für den Kurs der griechischen Regierung statt. Mehrere zehntausend Menschen skandierten »Oxi« – »Nein«, unter anderem in Glasgow, London, Madrid, Wien, Berlin und Paris. In der französischen Hauptstadt wurde der Protest gegen die Austeritätspolitik der Troika vom Gewerkschaftsbund CGT getragen. Das deutsche Pendant, der DGB, übte sich hingegen vornehm in Äquidistanz. Am Montag erklärte der geschäftsführende Bundesvorstand, zwar habe sich »die soziale Lage mit der einseitigen Sparpolitik dramatisch verschlechtert« und »Millionen Men-

schon von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen«. Doch »auch das Verhandlungsgeschick des griechischen Finanzministers sei »nicht durch Fortune und Takt gekennzeichnet« gewesen. »Man beschimpft – bei aller Differenz in den Positionen – seine Verhandlungspartner nicht als Terroristen«, so der DGB. Varoufakis hatte am Freitag in der spanischen Tageszeitung *El Mundo* erklärt: »Warum haben sie uns gezwungen, die Banken zu schließen? Um Angst unter den Leuten zu schüren. Und das Phänomen, Angst unter den Menschen zu verbreiten, nennt man Terrorismus.«

Varoufakis' Einschätzung schloss sich Nicolás Maduro, Präsident Venezuelas, an: »Das Volk Griechenlands hat gesprochen, und die europäischen Behörden müssen das griechische Volk respektieren. Es ist ein großer Sieg über den Finanzterrorismus des IWF. Genug der kapitalistischen Ausbeutung.« Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Linksfraction im Bundestag, der zusammen mit seinen Genossen Bernd Riexinger und Gregor Gysi am Wochenende nach Athen

geflogen war, erklärte am Montag: »In Griechenland siegt die Würde über die Erpressung, Mut über die Angst, Selbstbewusstsein über Demütigung.«

Tsipras erklärte nach Bekanntgabe des Endergebnisses in einer Fernsehansprache: »Jetzt wird die griechische Schuldenlast auf den Verhandlungstisch kommen.« Für die deutsche Bundesregierung sei dies allerdings »kein Thema«, so ein Sprecher des Bundesfinanzministers. Mit dieser Haltung dürften Schäuble und Co. demnächst allein dastehen. Der IWF hat bereits einen Schuldenschnitt von 30 Prozent ins Spiel gebracht. Dieser Forderung hat sich nun auch Tsipras angeschlossen. Werden diese Pläne von IWF und Tsipras verwirklicht, müsste Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zwischen 15 und 16 Milliarden Euro abschreiben. Seine schöne schwarze Null wäre dann dahin. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) erklärte zähneknirschend, das Votum der Griechen sei »zu respektieren«.

■ Siehe auch Seiten 3, 8 und 9

Irak: »Versehentlich« Bagdad bombardiert



Bagdad. Ein irakisches Kampfflugzeug hat nach offiziellen Angaben »versehentlich« ein Stadtviertel in der irakischen Hauptstadt Bagdad bombardiert und dabei mindestens sieben Menschen getötet und elf weitere verletzt. Es habe auf dem Rückweg von einem Bombenangriff ein »technisches Problem« mit dem Suchoi-Kampfflugzeug gegeben, erklärte der Armeesprecher Saad Maan am Montag. »Eine der Bomben war wegen eines technischen Problems steckengeblieben und stürzte bei der Rückkehr des Flugzeugs zum Stützpunkt auf drei Häuser in Bagdad Dschadida.« Für den Kampf gegen die Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS), die weite Teile des Irak und Syriens kontrolliert, hatte der Irak von Russland und dem Iran Kampffjets vom Typ Suchoi Su-25 erhalten. Die USA hatten angekündigt, dem Irak 36 F-16-Kampffjets zu verkaufen. Bislang wurden diese jedoch noch nicht geliefert. (AFP/JW)

Spitzelsoftwarefirma: Kundendaten enthüllt

Berlin. Eine umstrittene Firma für Überwachungssoftware, die auch etliche Regierungen beliefert, ist offenbar Ziel eines erfolgreichen Hackerangriffs geworden. Unbekannte erbeuteten bei dem italienischen Unternehmen Hacking Team nach eigenen Angaben rund 400 Gigabyte an Daten, die sie im Internet veröffentlichten. Die betroffene Firma ist vor allem für das Überwachungsprogramm Da Vinci bekannt, das nach Angaben des Unternehmens nicht an repressive Regierungen geliefert wird. Unter den seit der Nacht zum Montag veröffentlichten Informationen sind aber offenbar solche zu Regierungskunden: IT-Sicherheitsexperte Christopher Soghoian erklärte nach Einsicht der Daten, dass Hacking Team unter anderem Software an Saudi-Arabien, Kasachstan, Libanon und Südkorea verkaufe. (dpa/JW)

jw wird herausgegeben von 1.677 Genossinnen und Genossen (Stand 3.7.2015)

www.jungewelt.de/lpg

Tschechische Republik: 47 CZK

